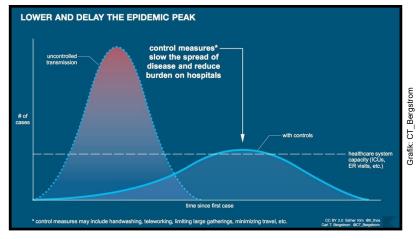


12. März 2020

Arbeit im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

vor circa zwei Wochen wurden die ersten Corona-Infektionen in NRW bekannt. Seitdem ging vieles Schlag auf Schlag. **Und seitdem hat sich Gesundheitsminister Laumann immer wieder auch in Widersprüche verstrickt.** Hat er zu Beginn noch vollmundig behauptet, dass NRW gut auf das Virus vorbereitet sei, musste er nur kurze Zeit später einräumen, dass es an den einfachsten Dingen, wie beispielweise Mundschutzmasken und Desinfektionsmitteln, fehlt. Sah er noch vor Kurzem keinen Anlass, das Bundesliga-Spiel in Mönchengladbach abzusagen, pflichtete er keine 24 Stunden später dem Bundesgesundheitsminister bei, keine Veranstaltungen mit über 1.000 Besuchern mehr durchzuführen. Das ist keine klare Linie! Das ist heilloses Durcheinander. So verspielt man Vertrauen



Die Landesregierung hat am Mittwoch den Landtag NRW über ihr Regierungshandeln in der Corona-Krise unterrichtet. **Wir fordern von ihr eine umfassende und schlüssige Strategie, wie mit dem Corona-Virus umzugehen ist.** Damit endlich alle wissen, woran sie sind und was zu tun ist.

Fortsetzung des Programms "Gute Schule 2020"

In den Schulen gibt es unzählige Herausforderungen, die nicht weiter aufgeschoben werden können. Wie das Magazin Westpol vergangenen Sonntag berichtete, sind viele Schulen in NRW schlichtweg marode. Toiletten sind kaputt, Fenster sind undicht, die Fassaden bröckeln. Um die Schulgebäude zu modernisieren, haben wir unter Rot-Grün 2017 das Programm "Gute Schule 2020" mit einem Investitionsvolumen von rund zwei Milliarden Euro aufgelegt. Das Programm läuft jetzt aus, die Mittel sind aufgebraucht. Es braucht dringend eine Fortsetzung der Investitionen, damit die Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Lernen weiterhin möglich sind. In einer Aktuellen Stunde, die am Mittwoch stattfand, haben wir genau dies gefordert.

Unser Masterplan gegen Rechtsextremismus

Vertreterinnen und Vertreter des Zentralrats und Landesverbands Deutscher Sinti und Roma haben uns in unserer letzten Fraktionssitzung besucht, um über die aktuelle Situation der Sinti und Roma in Deutschland zu sprechen. Unser "Masterplan gegen Rechtsextremismus" kam hierbei selbstverständlich auch zur Sprache.

Unseren Antrag hierzu brachten wir am vergangenen Donnerstag ins Plenum ein. Dabei haben wir deutlich gemacht, dass der Kampf gegen Rechts gleichzeitig auch ein Kampf gegen den Antiziganismus in unserer Gesellschaft ist. Alle Demokratinnen und Demokraten sind aufgerufen uns im Kampf gegen Rechts zu unterstützen und diesen Ideologien entschlossen entgegen zu treten

Antrag gegen Rechtsextremismus



Faire Mieten für die Vielen – Umwandlungsverordnung verlängern

Seit fast drei Jahren macht die schwarz-gelbe Landesregierung Politik **gegen** die Mieterinnen und Mieter in NRW. Von Laschets Regierungsantritt an hat sich die Wohnungsnot in den Städten unseres Landes zunehmend verschlechtert. Mieten steigen immer weiter. Gleichzeitig geht der geförderte staatlich Wohnungsbau zurück.

Dabei leben mehr als die Hälfte der Menschen hierzulande zur Miete. In Bonn, Neuss, Köln und Düsseldorf müssen rund 30% des Nettoeinkommens für die Miete aufgebracht werden. Mehr als irgendwo sonst in Deutschland. Vergleichsweise weniger Geld im Portemonnaie führt zu geringeren Teilhabechancen. Die Lebensqualität leidet.

Aktuelles Projekt von Schwarz-Gelb ist das Auslaufenlassen der Umwandlungsverordnung. Kommunen haben bislang das Recht, bei angespanntem Wohnungsmarkt, die Umwandlung von Mietwohnraum in teure Eigentumswohnungen einzuschränken. Die Umwandlungsverordnung muss deshalb umgehend verlängert werden, damit bezahlbarer Mietwohnraum geschützt und erhalten werden kann. Der Mieterschutz für die über 10 Millionen Menschen in NRW muss gestärkt werden.

Drucksache 17/8781

Mindestlohnbetrügern das Handwerk legen – Erfolgsmodell Mindestlohn weiter absichern

Der gesetzliche Mindestlohn ist mittlerweile fünf Jahre alt. Ein Erfolgsmodell, welches die Vielen in unserer Gesellschaft in den Blick nimmt. Der jahrelange, gemeinsame Kampf der SPD und der Gewerkschaften hat sich ausgezahlt.

Doch auch fünf Jahre nach Einführung, stehen systematisch organisierte Verstöße gegen den Mindestlohn immer noch auf der Tagesordnung. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber drücken den Lohn zum Teil künstlich nach unten, um der Belegschaft am Ende des Monats weniger Geld zu zahlen. Es bedarf mehr staatlicher Kontrolle, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich auf das Modell Mindestlohn verlassen können.

Wir haben eine Anpassung und eine Erweiterung der gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise eine lückenlose Erfassung der Arbeitszeit, gefordert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht sich selbst überlassen werden, ganz im Gegenteil: Ein starker Staat muss an ihrer Seite gegen Arbeitsmarktkriminalität kämpfen.

Dortmunder Hafen braucht Planungssicherheit – eine zweite Schleuse ist dringend notwendig

Der Dortmunder Hafen ist die bedeutendste Warendrehscheibe des gesamten Ruhrgebiets. Durch die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf das Wasser, entlastet er das bereits überstrapazierte Straßen- und Schienennetz im Ruhrgebiet deutlich. Trotz seiner immensen Bedeutung für die Region ist er nur durch eine einzige Schleuse, die Schleuse Henrichenburg, für Schiffe erreichbar. Der Hafen ist dementsprechend auf einen reibungslosen Ablauf angewiesen. Seit mittlerweile 15 (!) Jahren wird sie aber nur noch mit einer Schleusenkammer betrieben und selbst diese weist bereits erhebliche Mängel auf.

Allein im Jahr 2018 mussten 24.750 LKW-Fahrten stattfinden, um Ausfälle am Dortmunder Hafen auszugleichen. Der Imageschaden für die Binnenschifffahrt und den Standort Dortmund ist immens. Wir haben die Landesregierung auf den Missstand aufmerksam gemacht und sie dazu aufgefordert, gegenüber dem Bundesverkehrsminister endlich eine deutlichere Position zu beziehen.

Die Verkehrswende im Ruhrgebiet bedarf einer Reparatur der Schleuse Henrichenburg sowie einer Einrichtung der zweiten Schleuse! Die Binnenschifffahrt am Standort Dortmund braucht mehr Planungssicherheit.

Drucksache 17/8782

Leiharbeit kann nicht die Lösung für den Fachkräftemangel in der Pflege sein!

Die Arbeitsbedingungen im Pflegesektor sind bekanntermaßen hart. Durch die Umstellung zum Fallpauschalensystem im Jahr 2004, stieg der Kostendruck im Gesundheitssystem weiter an. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege haben sich seither deutlich verschlechtert. Parallel dazu hat sich der Fachkräftemangel in der Pflege weiter verschärft. Durch Leiharbeit lässt sich dieser Umstand nicht gänzlich ausgleichen. Pflegekräfte übernehmen ein ausgesprochen hohes Maß an Verantwortung im Umgang mit ihren Patientinnen und Patienten. Routine im Umgang mit Menschen und ein persönlicher Bezug zu ihnen sind elementarer Bestandteil des Berufs.

Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter wechseln die Stationen in der Regel allerdings oft, sie kennen die Abläufe daher meist nur teilweise und können dem Stammpersonal so auch nicht alle Aufgaben abnehmen. Trotzdem werden sie deutlich besser bezahlt und können sich ihre Dienste zum Teil auch flexibel einteilen. Es entsteht eine 2-Klassen-Pflegebelegschaft.

Wir müssen mehr Menschen für den Pflegeberuf begeistern, damit durch mehr Personal eine hohe Qualität der Pflege sichergestellt wird. Dabei müssen auch die Träger und Einrichtungen vom Land unterstützt werden.

Drucksache 17/8779

Investitionen für NRW – nur wer Bedarfe kennt, kann handeln!

Der Investitionsstau in Deutschland ist massiv. Nach einer Schätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft beläuft er sich deutschlandweit auf 450 Milliarden Euro. 138 Milliarden Euro davon liegen allein bei den Kommunen. Das Geld fehlt auch in NRW an allen Ecken und Enden. Hier gibt es Investitionsbedarfe in Schulen, an Krankenhäusern, beim Klimaschutz, für Brücken und für den Ausbau der digitalen Infrastruktur. Die starke Zurückhaltung bei Investitionen in diesen Bereichen hat negative Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, auf den Klimaschutz sowie auf die Bildungschancen in unserem Land. Wir brauchen dringend einen Infrastrukturbericht für NRW, in dem die finanziellen Bedarfe unseres Landes systematisch und umfassend ermittelt werden. Denn nur wenn klar ist, wo das Geld fehlt, kann es effektiv investiert werden.

Plenarrede von Sebastian Watermeier:

Änderung des E-Government-Gesetz

"Ja, in Deutschland ist in Sachen E-Government über alle politischen– und Verwaltungsebenen hinweg noch reichlich Luft nach oben!", stellte Sebastian Watermeier in seiner Plenarrede am vergangenen Plenarmittwoch fest. Änderungen und Anpassungen des E-Government Gesetzes begrüßte er daher grundsätzlich ausdrücklich.

Verwundert zeigte sich der Landtagsabgeordnete allerdings dahingehend, als dass der Gesetzesentwurf seitens Landesregierung, insofern man sich die fortgeschrittene Legislaturperiode anschaut, doch recht zaghaft und spät aufkommen sei. So war es bereits die vorherige rot-grüne Landesregierung gewesen, die die rechtlichen Grundlagen für die Digitalisierungsstrategie gelegt hatte.

Insbesondere bei der Finanzierung des Vorhabens läuteten bei Sebastian Watermeier dann die Alarmglocken. Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte seien gegeben, allerdings nicht quantifizierbar, so der Bericht seitens Schwarz-Gelb.



Wahlkreisarbeit

Frühstücken beim Deutsch-Türkischen Hilfsverein e.V.



Urheber: www.pixabay.com / MichaelGaida

Der Türkisch-Deutsch Hilfsverein ist ein wichtiges Standbein des interkulturellen Austauschs in Gelsenkirchen. Heike Gebhard und Sebastian Watermeier nahmen dementsprechend gerne am geselligen Frühstück in den Vereinsräumen an der Schalker Straße teil. "Ich bin immer wieder begeistert, mit welchem Engagement die Vorsitzende Necmiye Öztürk die Organisation abwickelt", schwärmte die Landtagsabgeordnete Heike Gebhard. "Für die unmittelbare Nachbarschaft, aber eben auch für die gesamte Stadtgesellschaft leistet diese Einrichtung eine enorm wertvolle Arbeit. Auf dieses großartige Beispiel gelebter Integration können alle Mitglieder des Vereins zu Recht stolz sein", ergänzte Sebastian Watermeier begeistert.

Stark im Wandel: DGB NRW beginnt Zukunftsdialog in Gelsenkirchen

Nicht nur durch die beiden Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier war die SPD-Landtagsfraktion bei der Zukunftskonferenz "Stark im Wandel" des Deutschen Gewerkschaftsbundes in NRW vertreten—auch der für Wirtschaftspolitik zuständige stellv. Fraktionsvorsitzende Michael Hübner und Elisabeth Müller-Witt waren vor Ort.

Mit der Veranstaltung am 05.03. im Wissenschaftspark Gelsenkirchen startete der DGB seinen Prozess zum Zukunftsdialog. Gemeinsam mit Fachleuten aus Politik, Gewerkschaften und anderen Bereichen wurde hier über eine gerechte Gestaltung des Strukturwandels diskutiert. Mit dabei waren unter anderem DGB-NRW-Vorsitzende Anja Weber, DGB-

Bundesvorstandsmitglied Stefan Körzell, Bundesfinanzminister Olaf Scholz und NRW-

Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart.



Urheber: Sebastian Watermeier

In seinem Statement machte Olaf Scholz unter dem Motto "Veränderung braucht Solidarität" deutlich, dass die SPD den vor rund einem Jahr gestarteten Dialogprozess des DGB begrüßt. Er sicherte den Gewerkschaften zu, dass sie in der SPD einen politischen Partner zur Gestaltung des Strukturwandels an ihrer Seite hätten.

Der DGB stellt in seinem Papier "Der Strukturwandel braucht Leitplanken" insbesondere an die Landesregierung in NRW einige Forderungen. So seien für einen erfolgreichen Strukturwandel massive Investitionen in die Infrastruktur nötig. Dazu müssten insbesondere die Kommunen finanziell wieder in die Lage versetzt werden—über eine Entschuldung der Kommunen und über zusätzliche Mittel für kommunale Investitionen.

Eine der größten Stärken in NRW sei der Industriesektor. Nirgendwo sonst existierten auf so engem Raum derartig ausgeprägte Wertschöpfungsketten Der Industriesektor müsse als Partner für einen zukunftsorientierten, ökologischen und sozial gerechten Strukturwandel angesehen werden. Daher müssten bestehende Unternehmen weitere Fördermöglichkeiten erhalten, um den Strukturwandel zu bewältigen, das gelte insbesondere für das Handwerk und kleinere und mittelständische Unternehmen in der Region. So könnten die guten Arbeitsplätze in der Region bestehen bleiben. Bei einer Bewertung des Strukturwandels müssten Kriterien, wie gute Arbeitsbedingungen, Tarifbindung oder betriebliche Mitbestimmung ein zentraler Faktor sein. Diese sollten zwingend an die Vergabe öffentlicher Projekte gekoppelt werden.

Die zentrale Grundlage bildet bezahlbare Energie für die Wirtschaft in NRW. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie das Ausbauziel von 65% erneuerbarer Energien bis 2030 erreicht werden soll. Dazu müssten Auflagen beim Ausweisen neuer Flächen für Windenergie genauso auf den Prüfstand, wie Planungs– und Genehmigungsverfahren im Allgemeinen.

Um auf die veränderten Rahmenbedingungen durch den Strukturwandel und die Digitalisierung zu reagieren, sei eine Bildungsoffensive in den Bereichen Schule, Ausbildung und Hochschule nötig. Ohne Chancengleichheit im Bildungsbereich werde es nicht möglich sein, die nötigen Fachkräfte auszubilden.

Gesellschaftliche Veränderungen sind nicht vermeidbar. Daher geht es nicht darum, Wandel zu verhindern, sondern ihn auch aktiv zu gestalten. Nur so können wir zukünftig in einer Gesellschaft leben, in der Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit keine Fremdwörter sind.

Hier geht's zu einem ausführlichen Bericht über die Veranstaltung vom 05. März im Wissenschaftspark Gelsenkirchen!

Amtseinführung der Polizeipräsidentin Gelsenkirchen

Gelsenkirchen bleibt Vorreiter bei der Gleichstellung von Frauen in der Polizei. Bereits zum zweiten Mal wurde mit Britta Zur eine Polizeipräsidentin ernannt. Sie löst ihre Vorgängerin Anne Heselhaus ab. Bei ihrer Amtseinführung gratulierten auch Sebastian Watermeier und Heike Gebhard der neuen Hausherrin am Rathausplatz.

Mit der sofortigen Suspendierung eines hochrangigen Polizisten, der zugleich Ratsherr der AfD in Gelsenkirchen ist, hat Britta Zur direkt zu Beginn ihrer Tätigkeit ein klares Zeichen setzen können. Der Beamte war im Vorfeld durch mehrere fremdenfeindliche und rassistische Beiträge in den sozialen Medien aufgefallen. "Ich begrüße diese Suspendierung ausdrücklich und freue mich sehr, dass die neue Polizeipräsidentin mit ihrem Vorgehen deutlich gemacht hat, dass für rechte Hetzer in der Polizei kein Platz ist", so Sebastian Watermeier



Urheber: Sebastian Watermeier

Feierliche Eröffnung des Torhauses an der Glückauf-Kampfbahn



Die Glückauf-Kampfbahn kennt ihr Schalke 04 noch im "Kindesalter". Knapp 50 Jahre war sie Heimat des damals noch jungen Schalker Vereins, ist mittlerweile dementsprechend in die Jahr gekommen, bis jetzt. Bei der feierlichen Einweihung des wiederhergestellten Torbogens hob Oberbürgermeister Frank Baranowski die Bedeutung dieses Wahrzeichens der Fußballkultur – nicht nur für Schalke Fans – hervor. Die wunderbare Erneuerung des Schalker Wahrzeichens sei ein Beispiel dafür, wie erfolgreiche Stadterneuerung funktioniere. Ein besonderer Dank gelte Oliver Kruschinski und der Stiftung Schalker Markt, ohne deren Engagement die Restaurierung nicht möglich gewesen wäre. Sebastian Watermeier sieht in dem Projekt ein Erfolg für die Aufwertung des Stadtteils Schalke-Nord. "Die SPD in Land und Stadt wird weiter dafür kämpfen, dass dieser Prozess voranschreitet", so der Abgeordnete.



